

# Größtmögliche Transparenz

Turbulenzen in Köln beeinflussen auch die Arbeit an der Paderborner Studie

**PADERBORN.** Im Erzbistum Köln sorgt eine Studie seit Wochen für erhebliches Aufsehen, obwohl bzw. weil sie nicht veröffentlicht wird. Inzwischen hat sogar der BDKJ den Rücktritt von Kardinal Woelki gefordert. Woelki hatte angekündigt, die Missbrauchsstudie inklusive der Namen von Verantwortlichen zu nennen, zog aber diese Zusage kurzfristig zurück. Seither reißen Spekulationen und Indiskretionen nicht ab (nebenstehender Bericht). Für das Erzbistum Paderborn erarbeitet Prof. Nicole Priesching, Kirchenhistorikerin an der Universität Paderborn (Der Dom berichtete mehrfach) eine ähnliche Studie. Wir haben bei ihr nachgefragt, Frau Priesching beantwortete die Fragen schriftlich.

**Frau Prof. Priesching, wie weit sind Sie inzwischen?**

In unserer Studie fragen wir nach dem Handeln der Beschuldigten und wie welche Personen im Erzbistum Paderborn und auf der Gemeindeebene auf Missbrauchsvorfälle reagierten. Um diese Fragen zu beantworten, werten wir Personalakten, Akten aus kirchlichen und weltlichen Gerichtsverfahren, Gemeindeakten, Pressemeldungen etc. aus. Je mehr Dokumente sich zu einem Fall finden lassen, umso aussagekräftiger wird unser Bild über Strukturen und Verantwortlichkeiten, die sexuelle Gewalt förderten und eine Aufklärung verhinderten. Allerdings geben diese Dokumente nur selten Auskunft über die Erfahrungen der Betroffenen und über die Folgen des Missbrauchs auf ihr weiteres Leben. Dies spiegelt auch die geringe Aufmerksamkeit wider, die das Erzbistum den Betroffenen geschenkt hat. Um auch ihre Perspektive zu berücksichtigen, führen wir Interviews mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen durch.

## INFO

Zeitzeuginnen und Zeitzeugen erreichen Dr. des. Christine Hartig von Montag bis Mittwoch telefonisch unter 052 51/60-4432 oder per Mail an [christine.hartig@uni-paderborn.de](mailto:christine.hartig@uni-paderborn.de); auch der postalische Weg ist möglich: Christine Hartig, Universität Paderborn, Institut für Kirchen- und Religionsgeschichte, Warburger Str. 100 in 33098 Paderborn.

Bisher haben wir uns vor allem mit den Akten aus dem Erzbistumsarchiv Paderborn befasst und Recherchen in staatlichen Archiven vorgenommen. Die Sichtung von einzelnen Gemeindearchiven steht noch aus. Das Erzbistum hat alle Priester über unsere Arbeit informiert und zur Unterstützung unseres Projektes aufgerufen. Außerdem haben wir Mitte September über einen öffentlichen Aufruf Zeitzeuginnen und Zeitzeugen gesucht.

**Konnten Sie schon mit Betroffenen sprechen?**

Ja, wir haben inzwischen zehn Interviews mit Betroffenen und anderen Zeitzeugen durchgeführt, die von Missbrauchshandlungen wussten. Weitere Interviews sind geplant und wir suchen nach wie vor nach Zeitzeuginnen und Zeitzeugen. Durch die geführten Gespräche haben wir wertvolle Informationen zu den Schwierigkeiten der Betroffenen und teils auch ihrer Angehörigen erhalten, die Gewalterfahrungen zu thematisieren, über die abwehrende Haltung in kirchlichen und staatlichen Institutionen und die daher oft fehlende Unterstützung sowie über die Folgen für den weiteren Lebensweg der Betroffenen. Dadurch haben wir auch von uns bisher unbekanntem Missbrauchstaten erfahren.

**Wie erleben Sie die Zusammenarbeit mit ihnen?**

Wir sind allen bisherigen Interviewpartnerinnen und -partnern zu außerordentlich großem Dank verpflichtet. Teils haben sie

über Ereignisse berichtet, die viele Jahrzehnte zurücklagen und dennoch auch gegenwärtig großen Schmerz bereiten. Betroffene sehen ein Gespräch mit uns aber auch als Chance, durch ihre Geschichte zur Aufklärung über den sexuellen Missbrauch von Klerikern in Paderborn beizutragen. Die Betroffenen gewähren uns einen großen Vertrauensvorschuss für unsere Arbeit.

**Worauf kommt es bei solchen Gesprächen an?**

Uns ist es wichtig, dass die Zeitzeuginnen und Zeitzeugen während des Interviews selbst darüber bestimmen können, was und in welchen Begrifflichkeiten sie über ihre Erfahrungen berichten möchten. Es gilt also, eine Form des Erinnerns an die Vergangenheit zu ermöglichen, welche die Betroffenen vor erneuten Ohnmachtserfahrungen und traumatisierendem Wiedererleben schützt. Auch deshalb können die Interviews jederzeit abgebrochen werden und auch nach dem Ende kann das Einverständnis wieder zurückgezogen werden. Es werden auf Wunsch alle biografischen Angaben anonymisiert und so verfremdet, dass aus den geschilderten Lebensumständen nicht auf die Person zurückgeschlossen werden kann.

**Sind auch Gespräche mit Beschuldigten geplant?**

Wir haben bisher nicht aktiv nach solchen Interviewpartnern gesucht, weisen aber auch keine Interviewangebote zurück. Während das Fehlen der Betroffenenperspektive klar aus den Akten hervorgeht, existieren viele Zeugnisse zu der Perspektive der Beschuldigten. Wir werden daher zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden, ob wir hier zusätzliche Interviews einplanen.

**Gibt es Dinge, die Ihre Arbeit behindern oder verzögern?**

Zentral sind natürlich die Auswirkungen der Corona-



Pandemie. Deshalb können wir Archive nur eingeschränkt besuchen. Dabei haben wir noch Glück, da uns das Erzbistumsarchiv Sonderzugänge gewährt hat. Auch die Interviews sind erst verspätet gestartet. Wir konnten uns anhand der gesichteten Akten aber bereits einen ersten Überblick über den Gesamtzeitraum verschaffen. Nun werden wir die einzelnen Phasen des Untersuchungszeitraumes von 1941 bis 2002 genauer in den Blick nehmen und nach Veränderungen und Kontinuitäten fragen. Nicht förderlich sind freilich auch die jüngsten Vorkommnisse in Köln.

**Wie beeinflussen die Turbulenzen in Köln Ihre Arbeit?**

Die Entscheidung des Kölner Erzbischofs, die Studie nicht zu veröffentlichen, ist ein herber Rückschlag, der nicht umsonst gerade für große Entrüstung sorgt. Der Schaden ist für alle Beteiligten enorm. Dass es auch anders geht, hat jüngst die Präsentation der Studie zum Bistum Aachen von der gleichen Anwaltskanzlei, die auch für die Kölner Studie verantwortlich ist, gezeigt. Auch für unsere Arbeit sind die „Kölner Turbulenzen“, um Ihren Begriff aufzunehmen, hinderlich, da sich einzelne Interviewpartner des-

wegen verunsichert zeigen, ob es noch einen Sinn hat, bei unserer Studie mitzuwirken. Da sieht man mal, welches Vertrauen hier auf dem Spiel steht. Ich bin sehr dankbar, dass uns das Erzbistum Paderborn die Unabhängigkeit unserer Arbeit fest zugesichert hat und dass wir einen solchen Ausgang wie in Köln nicht zu befürchten haben.

**In unserem Interview im Sommer hatten Sie berichtet, es gebe keine Einflussnahme – weder vor noch hinter den Kulissen. Wie ist das heute?**

Das ist immer noch so. Wir werden nach wie vor in unserer Arbeit gut unterstützt. So sind wir optimistisch, dass wir unsere Forschungsfragen am Ende beantworten und die Ergebnisse der Öffentlichkeit vorstellen können. Auf diesen Prämissen beruht unsere Arbeit.

**Wird die Öffentlichkeit Namen erfahren?**

Wir arbeiten ja mit ganz unterschiedlichen Quellen. Hier gelten jeweils spezifische gesetzliche Vorschriften zur Beachtung der Persönlichkeitsrechte. Die Leitlinie ist: Wir werden hinsichtlich der Beschuldigten und Verantwortlichen die größtmögliche Transparenz gewährleisten und den Betroffenen den größtmöglichen Schutz zusichern. Transparenz heißt u. a., dass Personen, die in einer Leitungsfunktion waren, genannt werden können. Auch bei Taten, die weiter zurückliegen, sinken die archivrechtlichen Anforderungen zur Anonymisierung der Namen von Beschuldigten und Verantwortlichen. Hier haben sich in der Zeitgeschichtsforschung längst Standards etabliert, nach denen wir verfahren können.

**Können Sie schon etwas zu Ergebnissen sagen: Gibt es so etwas wie spezielle Paderborner Mechanismen, die Missbrauch und Vertuschung begünstigt haben?**

Hierzu werden wir im nächsten Jahr hoffentlich erste Ergebnisse haben.

# „Zeichen der Reue“

Aachener Bischof appelliert an seinen Vorgänger

**AACHEN (KNA).** Nach Veröffentlichung des Missbrauchsgutachtens für das Bistum Aachen hat Bischof Helmut Dieser seinen Amtsvorgänger zu einem „Zeichen der Reue“ aufgerufen. Altbischof Heinrich Mussinghoff (80) und auch sein früherer Generalvikar Manfred von Holtum (76) sollten einen „persönlichen Prozess der Selbstreflexion“ über ihren Umgang mit Missbrauchsfällen beginnen, sagte Dieser am Montag dieser Woche in einer Video-Pressekonferenz. Er appellierte an die früheren Führungskräfte der Diözese, auf juristische Schritte gegen das Gutachten zu verzichten und die Perspektive der Opfer einzunehmen.

Das am Donnerstag vorgestellte Gutachten der Münchner Kanzlei Westpfahl Spilker Wastl (WSW) attestiert Mussinghoff, von Holtum und bereits gestorbenen früheren Verantwortungsträgern, am Schutz der Täter und nicht an der Fürsorge für die Opfer orientiert gewesen zu sein. Mussinghoff und von Holtum hätten eine „unverdiente Milde“ gegenüber verdächtigten und verurteilten Geistlichen walten lassen und sie oft wieder in der Seelsorge eingesetzt.

Vor der Präsentation des Aachener Gutachtens hatten die beiden Geistlichen darauf hingewiesen, dass dieses aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes nicht veröffentlicht werden dürfe. Die „pauschalen Vorwürfen“, er habe sich nicht um die Opfer gekümmert, wies der Anwalt Mussinghoffs in seiner Stellungnahme für das Gutachten zurück. Hätten die Leitlinien der Bischofskonferenz für Missbrauchsfälle von 2010 schon zuvor vorgelegen, hätte es einen anderen Umgang mit den Opfern gegeben. Mussinghoff leitete die Diözese von 1995 bis 2015.

Laut Dieser geht es nicht darum, die Lebensleistung von Mussinghoff oder von Holtum abzuwerten. Mit Blick auf die Missbrauchsfälle sollten sie ihre Verantwortung „im systemischen Ganzen“ anerkennen. Dies sei zwar „schmerzhaft“, könne aber Opfern helfen, um deren Perspektive es jetzt gehen müsse. Dieser hatte nach

eigenen Angaben Mussinghoff am Samstag getroffen.

Dieser bezeichnete das Gutachten, das etwa Vertuschung von Entscheidungsträgern im Zeitraum von 1965 bis 2019 aufklären soll, nur als „ersten Schritt der Aufarbeitung“. Er kündigte die Einrichtung einer unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung der Missbrauchsfälle mit Experten unter anderem aus Wissenschaft und Justiz an. Dies entspreche auch der Vereinbarung zwischen Deutscher Bischofskonferenz und dem Missbrauchsbeauftragten der Bundesregierung. Zudem wolle er Betroffene ermutigen,

einen Beirat zu bilden, der mit dem Bistum bei der Aufarbeitung zusammenarbeitet.

Die Zahlungen an die Opfer für die Anerkennung des Leids erfolgen nach den Worten Diesers nicht aus Kirchensteuerermitteln. Das Geld solle aus einem Topf kommen, in den Bischöfe, Priester sowie andere freiwillige Spender einzahlen. Besonders Verantwortliche sollten ein „angemessenes Bußgeld“ zahlen, sagte Generalvikar Andreas Frick.

Laut Personalchefin Margherita Onorato-Simonis wurden früher Mitarbeiter mit Hinweisen auf sexualisierte Gewalt von Verantwortlichen weggeschickt und zum Schweigen verpflichtet. Heute werde jedem Verdachtsfall nachgegangen, versicherte sie. Zudem kündigte sie an, dass die Aktenführung modernen Standards angepasst werde. Die Gutachter hatten lückenhafte und gesäuberte Dokumente festgestellt.



Am Donnerstag vergangener Woche wurde das Gutachten überreicht: Generalvikar Dr. Andreas Frick, Dr. Martin Pusch, Dr. Ulrich Wastl (beide Kanzlei Westpfahl Spilker Wastl), Bischof Dr. Helmut Dieser (v.l.).

Foto: Andreas Steindl/Bistum Aachen